

Ein Beitrag zur Ortsgeschichte – Teil 3

Teil 1

Leben der Liesken Brinkmanns
Leben des Stefan Quirnbachs

Teil 2

Als die Bomben fallen – Heiden zwischen Krieg, Kälte und Hoffnung
Rückkehr in die Heimat
Alltag auf dem Land – Bilder aus Heiden
 Schützenfest
 Heidner Menschen
 Winter in Heiden – „as in'n Ieskeller“
Mangel, Hunger und Improvisation

Teil 3

Wohnen bei anderen – ein stiller Konflikt
Entnazifizierung – zwischen Pflicht und Gewissen
Preisentwicklung und Währungsreform
Unsichere Zukunft – Pension und Sterbeversicherung
Familie – ein neuer Anfang
Heiden – mehr als ein Ort

Wohnen bei anderen – ein stiller Konflikt

1939 gibt es im Gebiet des späteren Landes Nordrhein-Westfalen 3,4 Millionen Wohnungen mit etwa 10 Millionen Wohnräumen. Die Wohnraumdichte beträgt in dieser Zeit 1,2 Personen je Raum, demgegenüber 1948/49 bereits 1,9 Personen je Raum.¹ Die Wohnsituation in der britischen Zone ist angespannt. Viele Menschen leben auf engem Raum, hinzu kommen Flüchtlinge und Besatzungstruppen. Die von der Militärregierung beschlagnahmten Häuser werden oft erst Jahre später wieder freigegeben.

Die Quirnbachs wohnen gemeinsam mit ihren Vermietern, einem kinderlosen Lehrerehepaar, und dem Ehepaar Knauerhase zur Miete in einem Haus in Heiden. Es war eine wenig beheizbare Wohnung. Als es einmal orkanartig stürmt, zittert das Haus, „so dass es dem, der das Brüllen des Sturmes und das Rappeln der Fenster und Türen mit vollem Gehör vernehmen kann, Angst werde“, schreibt Stephan Quirnbach. Liesken bekommt Herzprobleme und will – wie früher – in den Keller gehen, weil sie fürchtet, das Haus könnte einstürzen. Nach einiger Zeit können sie im Haus eine Bodenkammer gegen ein anderes Zimmer tauschen, das frei geworden ist, und müssen nun im Winter nicht mehr in ihrem „Eispalast“ unter dem Dach schlafen. Jetzt liegen ihre beiden Zimmer und die Küche nebeneinander.

Das Zusammenleben im Haus des Lehrerehepaares ist schwierig. „Mit den Hauseigentümern ist es heute ein Kreuz“, schreibt Quirnbach. Zwar sind sie mit ihrer Wohnung zufrieden, obwohl sie dort nur geduldet werden und viele Unbequemlichkeiten in

Kauf nehmen müssen. Das Schlimmste aber ist, dass sie als Eindringlinge angesehen werden. Sie sehen nie ein freundliches Gesicht und müssen manche Schikane über sich ergehen lassen. Trotz aller Mithilfe von Liesken – selbst bei der Instandsetzung des Hauses – bleibt das Verhältnis kühl. Besonders bezeichnend ist, dass es zwar einen Garten voller Obstbäume gibt, sie jedoch nichts davon erhalten. Auch Hühner dürfen sie dort nicht halten. Die Hauseigentümerin würde ihnen „wie ein wilder Hahn – sie ist nämlich der Herr im Hause – auf den Kopf springen“, beschreibt Quirmbach sie.

Eine Verwandte teilt ihnen mit: „Seit drei Tagen habe ich auch einen Sicherheitschlüssel für euch. So könnt ihr wenigstens ein Zimmer sicher abschließen. Vielleicht kann ich gelegentlich auch einen zweiten bekommen.“

Große Aufregung entsteht, als der Vermieter am 1. August 1948 die Miete auf 32 DM erhöhen will. Einer Mietpreiserhöhung hätten sie zugestimmt – allerdings mit großem Widerstreben und nur, um vor weiteren Schikanen sicher zu sein, schreibt Quirmbach, und obwohl der Hauseigentümer sich damit strafbar gemacht habe, da die Miete nur mit Genehmigung der Mietpreisbehörde heraufgesetzt werden darf.

Die Frau des Lehrers erklärte Frau Knauerhase, dass sie im Winter die Heizung benutzen will, dann müsse Koks in den Keller, und die Kohlen und Kartoffeln der Mieter müssten heraus. „Jetzt muss endlich gehandelt werden, und wenn andere nicht handeln, handeln wir,“ habe sie gesagt. Kurz darauf kommt der Ehemann der Vermieterin und will sich mit den Quirmbachs friedlich verständigen. Sein Rechtsanwalt habe ihm dazu geraten. Der alte Zustand solle wieder hergestellt werden, lediglich ihre Sachen sollen dort nicht mehr untergestellt werden. Der Vermieter will das Badezimmer von halb sieben bis halb acht benutzen, in besonderen Fällen solle eine besondere Vereinbarung getroffen werden. Die von Quirmbach eingeleiteten rechtlichen Schritte sollen nicht weiterverfolgt werden. Der Vermieter entschuldigt sich ängstlich und sehr förmlich wegen der Beleidigungen. Die Quirmbachs wollen die juristische Empfehlung ihres Schwiegersohns nicht befolgen, nachdem der Vermieter eingelenkt hat. „Er stand im wahrsten Sinne des Wortes wie ein Häufchen Elend vor mir und bat um eine gütliche Regelung.“ Nach dem aufregenden Gespräch geht Stephan Quirmbach gegen halb zehn Uhr zu Rudolf Schulten, um ein Glas Bier zu trinken. Liesken will er eine Flasche Bier mitbringen.

Noch keine zwölf Stunden nach diesem Friedensschluss sucht sich die Vermieterin ein anderes Opfer ihrer Injurien und Schikanen: die arme Frau Knauerhase, die während der Woche ohne männlichen Schutz ist, da ihr Mann erst am Wochenende von der Arbeit nach Hause kommt. Weil Frau Knauerhase morgens zur Arbeit geht, fragt sie die Vermieterin, ob sie, wenn der Lehrer im Badezimmer ist, die Toilette unten benutzen darf. Darauf erwidert die Vermieterin, sie solle „auf einen Eimer gehen und ihn draußen ausschütten oder sich draußen hinsetzen“. Quirmbach regt sich sehr über dieses „schamlose, mit Absicht der Kränkung an eine anständige, fleißige und ruhige Frau gestellte Ansinnen“ auf.

Dann schlossen die Vermieter das Badezimmer ab und ordneten kategorisch an, dass die Bewohner mit sofortiger Wirkung

- das Wasser aus der Waschküche im Keller zu holen haben,
- das gebrauchte Wasser in der Waschküche auszugießen haben,
- die Toilette unten benutzen müssten.

In einem Telegramm bitten Liesken und ihr Mann ihre Tochter Margret zu kommen. Margret und der Schwiegersohn Heinrich kommen und übernachten bei Eversmann. Und doch bleibt eine Haltung, die typisch für diese Generation ist: Stolz, Zurückhaltung und der Wille, sich nicht zu beklagen.

1948 kann man annehmen, dass allmählich wieder Wohnungen frei werden. Denn es wird weiter gebaut. Zwar verschlingt die Industrie den größten Teil des Baumaterials, doch muss wohl auch etwas für Privatleute abfallen. „Wäre wenigstens das Bauen billiger, dann könnte die ganze Wirtschaft angekurbelt werden. Aber die Löhne sind vor einiger Zeit so heraufgesetzt worden, dass eine ganze Reihe von Bauten halbfertig stillliegt, weil die Kosten nicht mehr aufgebracht werden können,“ schreibt Quirnbach im Juni 1949.

1950 ziehen die Quirnbachs zu ihrer Tochter nach Meppen. Auch das Ehepaar Knauerhase zieht aus. Nach ihnen will ein Lehrerehepaar Möllmann die Wohnung beziehen.

Entnazifizierung – zwischen Pflicht und Gewissen

Mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs wird ein Schlussstrich unter der Nazierrschaft gezogen. Alle Gliederungen der NSDAP werden per Gesetz aufgelöst und abgeschafft, ihr Besitz beschlagnahmt. Eine Neubildung ist verboten.² Viele Beamte des zivilen Dienstes und der Verwaltung sind Nationalsozialisten oder haben sich dem Regime angepasst. Ihre sofortige Entfernung hätte jedoch die Funktionsfähigkeit der Verwaltung gelähmt. Geeignete Ersatzkräfte zu finden, erweist sich als schwierig. Die Säuberung der zivilen und kommunalen Verwaltung sowie von Handel und Industrie konzentrierte sich zunächst auf die höheren Stellen. Mitglieder der Partei in Führungspositionen werden verhaftet, um Widerstand gegen die Besatzungsmacht oder Sabotage zu verhindern.

„Entnazifizierung“ wird dieser komplexe Vorgang genannt. In den Briefen der Quirnbachs taucht das Thema immer wieder auf. Es geht dabei nicht nur um politische Entscheidungen, sondern um Menschen: Wer war schuldig? Wer hatte nur mitgemacht? Wer konnte wieder Verantwortung übernehmen? Die Antworten waren selten eindeutig.

Ein Hinweis: Tipps für die Recherche in der NS-Familiengeschichte

Seit März 2026 haben die US-Nationalarchive den Zugang zur NSDAP-Mitgliederkartei mit mehreren Millionen Einträgen online und öffentlich zugänglich gemacht. Mit einem Klick auf den Button „Search within this series“ gelangt man ins Suchfeld. Dort werden Nachname und Vorname eingegeben – am besten in dieser Reihenfolge, durch Komma getrennt und in Anführungszeichen gesetzt. Hilfreich ist zusätzlich die Eingabe des Geburtsdatums ohne Jahrhundert, also etwa 15.07.17.

Viele Entnazifizierungsakten sind online im Landesarchiv NRW einsehbar (www.archive.nrw.de). Im Bundesarchiv finden sich Unterlagen über Angehörige der Wehrmacht: militärische Laufbahnen, Einsatzorte und Verwundungen. Dort existieren zum Teil auch umfangreiche Personalakten aus dem „Berlin Document Center“. Ein Rechercheantrag kann online gestellt werden (www.bundesarchiv.de). Die Kosten dafür sind überschaubar.³

Im Oktober 1945 sind in Westfalen und der Rheinprovinz bereits 16.000 Parteigenossen in Führungspositionen verhaftet worden, in der gesamten britischen Zone sind es ungefähr 50.000. Das deutsche Volk soll allen flüchtigen Nazis Zuflucht verweigern.⁴

In der britischen Zone müssen 13.000 Lehrer aus politischen Gründen ihre Tätigkeit aufgeben und sich um eine erneute Zulassung zum Lehramt bemühen. Die Fälle müssen einzeln geprüft werden. Im November 1945 können 35.000 Lehrer wieder zugelassen werden, 10.000 werden entlassen.⁵

Die Besatzer entwickeln schließlich einen Fragebogen mit 131 Fragen, den rund 13 Millionen Menschen ausfüllen müssen, um Lebensmittelkarten zu erhalten.⁶ Die Deutschen – darunter viele Journalisten – werden bei der Entnazifizierung in fünf Kategorien unterteilt:

1. Hauptschuldige
Strafen: Todesstrafe, Gefängnis, völlige Beschlagnahme des Vermögens oder Geldstrafe, Sanktionen: Sperrung des Vermögens und der Konten.
2. Schuldige (Aktivisten, Militaristen und Nutznießer)
Strafen: völlige Beschlagnahme des Vermögens oder Geldstrafe, Sanktionen: Internierung bis zu höchstens zehn Jahren, Sperrung des Vermögens und der Konten.
3. Minderbelastete (mit Bewährungsmöglichkeiten)
Sanktionen: Einschränkung der politischen Betätigung, Bewegungsbeschränkung, Anstellungsbeschränkung, Sperrung des Vermögens und der Konten.
4. Mitläufer
5. Entlastete (solche Personen, die vor einem Gerichtshof ihre Unschuld beweisen können).⁷

Seit Beginn der Besatzung bis August 1946 werden in der britischen Zone 155.656 Personen entlassen. Von 944.547 Arbeitsgesuchen werden 86.106 abgelehnt. 1.197.621 Fragebogen werden geprüft, wonach 1.634 Strafanträge wegen falscher Angaben (ohne Verhaftungen) gestellt werden.⁸

Auch die deutschen Parteien nehmen zur Entnazifizierung Stellung: Die CDU vertritt den Standpunkt, dass Naziverbrecher von deutschen Gerichten bestraft werden sollten und Aktivisten von jedem Einfluss auszuschalten sowie zur Wiedergutmachung heranzuziehen seien. Den nominellen Mitgliedern der NSDAP soll nach Prüfung des Einzelfalls die Rückgliederung in die Gesellschaft jedoch nicht versagt werden.⁹

Die SPD dagegen meint, dass sich viele Verantwortliche für politischen Mord – Angehörige von SS oder SA, Peiniger aus den Konzentrationslagern, Richter und Vollstrecker von Todesurteilen – noch verborgen halten. Sie fordert eine beschleunigte Entnazifizierung. Geschlossene Nazi-Siedlungen müssten beseitigt werden.¹⁰

Die Militärbehörde, die zunächst die Entnazifizierung durchführt, will die Verantwortung für die Säuberungsaktionen später unbelasteten Deutschen übertragen.¹¹ Deshalb bildet man ab Frühjahr 1946 sogenannte Spruchkammern. In der britischen Zone werden Ausschüsse und Unterausschüsse eingerichtet, die die Entnazifizierung unterstützen sollen. Sie bestehen aus Bürgern, die nachweisbar unbelastet, politisch und gesellschaftlich geeignet sowie in der Lage sind, die Fälle richtig zu beurteilen. Ziel ist es,

Verwaltung, Industrie und das gesamte Berufsleben von nationalsozialistischen Einflüssen zu säubern.

In Bocholt – die Ausschüsse werden auf Kreisbasis gebildet – wählt das Magistratskollegium die Mitglieder der Entnazifizierungsausschüsse; die englische Militärbehörde bestätigt sie anschließend. Unterausschüsse stehen ihnen zur Mitarbeit zur Verfügung.¹² Eine Berufungsinstanz befasst sich mit Einsprüchen, Absetzungen und Ausschlüssen. Die Vollmachten dieser britischen Berufungsinstanz gehen über Absetzung und Wiedereinstellung hinaus. Sie können anordnen, ob jemand in Haft genommen werden soll oder ob Bewegungs- und Eigentumseinschränkungen auferlegt werden.¹³

„Herr Quittmann ist schon über siebzig Jahre alt und arbeitet im Hauptausschuss für die Entnazifizierung, wo er oft in innere Konflikte gerät“, schreibt Stephan Quirnbach im Januar 1946 über einen früheren Kollegen.

Mitte 1946 sind in der britischen Zone die gefährlichsten Elemente interniert, aus ihren Ämtern entfernt und deren Eigentum ist gesperrt. Universitätsprofessoren, die nach 1933 berufen worden waren, müssen sich einer gründlichen Untersuchung unterziehen. Anfang November 1946 stellt Quirnbach für seinen ehemaligen Mitarbeiter Wilhelm O. eine Bescheinigung aus, mit der er ihn entlastet. „Wilhelm O. ist bereits vor 1933 der Partei beigetreten, aus jugendlichem Idealismus“, bescheinigt Quirnbach.

Als im Oktober 1933 ein Bericht über den Aufmarsch der NSDAP in der *Essener Allgemeinen Zeitung* veröffentlicht wird, nutzt man dafür irrtümlich ein Foto eines Karnevalumzuges – der Bericht gilt als Verspottung der SA. Stephan Quirnbach wird als Chefredakteur für die Bildverwechslung verantwortlich gemacht und gemeinsam mit dem Schriftleiter Georg W., einem Metteur und dem Sohn des Verlegers verhaftet. Sie werden in das Polizeigefängnis in Essen gebracht und dort unter unwürdigen Verhältnissen mehrere Tage „wegen der staatsfeindlichen Einstellungen“ festgehalten. Es ist Wilhelm O., der einige Tage später aufgrund seines Einflusses in der Partei ihre Entlassung erreicht.¹⁴

Mitte 1946 stellt Quirnbach auch für Georg W. ein entlastendes Zeugnis aus. Georg W. hatte sich ebenfalls – wenn auch später – der Partei und der SA angeschlossen, „stand ihnen aber innerlich ablehnend und kritisch gegenüber“, wie Quirnbach erklärte.

Im Frühjahr 1947 bittet der Kollege Quittmann Stephan Quirnbach um den Entwurf eines Zeugnisses für die Tätigkeit des Dr. B. im Verlag. Dr. B. bedankt sich später in einem Brief für das ausgestellte Zeugnis. Auch Herr Quittmann hatte ihm ein Zeugnis des Verlages Girardet vermittelt.

Im Februar 1948 schreibt Stephan Quirnbach an den ehemaligen Kollegen R., dass ihm bei einem Zusammentreffen mit den Kollegen nahegelegt worden sei, sich entnazifizieren zu lassen. Er will diesem Rat folgen und bittet deswegen Herr R., ihm eine zugesagte Bescheinigung über seine Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus auszustellen, die er dem zuständigen Ausschuss vorlegen könne.

„Sie, Herr R., als einer meiner ältesten und vertrautesten Mitarbeiter, wissen aus eigener Erfahrung, unter welchem Druck und welchen beständigen Drohungen ich zu arbeiten hatte und dass immer wieder von der Partei und dem

Reichspropagandaministerium und seinen nachgeordneten Stellen Beanstandungen und Zurechtweisungen kamen, weil wir ihre Anordnungen übertreten oder etwas veröffentlicht hatten, was in ihre Politik nicht passte. Ich hatte immer wieder Gelegenheit gefunden, etwas unterschlüpfen zu lassen, was ihnen nicht angenehm war und unsere Leser gegenüber dem Nationalsozialismus und seinem Krieg zum Nachdenken brachte.“

Weiter schreibt Quirnbach: „Dass ich kein Nationalsozialist war, wissen Sie, Herr R.. Denn wir hatten uns freimütig gegen Nazismus ausgesprochen, und es ist Ihnen bekannt, wie sehr ich unter dem Terror dieser Gesellschaft innerlich gelitten hatte. Seit ich verhaftet worden war, war das Leben für mich tatsächlich zur Qual geworden.“

Außerdem erklärte er: „Im Übrigen war ich zum Parteianwärter gemacht worden, hatte aber meine Parteianwärterkarte nicht, wie vorgeschrieben, abgeben, als sie mit Beitragsmarken vollgeklebt war, um dadurch die Aufnahme in die Partei und die Ausstellung eines Parteibuches zu beantragen. Ich hatte auch nie eine Parteiversammlung besucht, obwohl es den Parteianwärtern oft zur Pflicht gemacht wurde, und hatte nie mit irgendwelchen Parteistellen eine persönliche Beziehung gehabt, auch nicht mit Herrn Dr. D., der unter mir Handelsredakteur war, obwohl solche Verbindungen mir materielle Vorteile verschafft hätten. Übrigens hatte ich mich auch, als ich deswegen zur Geschäftsstelle der Partei zitiert wurde, konsequent geweigert, die Nationalzeitung zu beziehen. Ich bitte Sie, Herr R., es kurz, sachlich und dem Zweck entsprechend zu schreiben und nur das zu schreiben, was Sie mit Ihrem Gewissen vereinbaren können.“

Stephan Quirnbach versendet schließlich den Antrag auf Entnazifizierung samt Fragebogen. Dem Antrag fügt er Erklärungen der Kollegen, persönliche Bemerkungen zu seiner Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus, polizeilich beglaubigte Abschriften über seine damalige Verhaftung sowie ein fachärztliches Attest über seine Schwerhörigkeit bei, die – wie er schreibt – eine Folge des ständigen Ärgers mit der Nationalzeitung und der Partei sei.

Mitte März 1948 erhält er Nachricht, dass in seiner Angelegenheit entschieden worden sei. Hans Schulte aus Essen hat den Entscheid ausgefertigt. Quirnbach ist froh, dass die Sache nun zu seiner Zufriedenheit erledigt ist, er hat nun sein Entlastungszeugnis und hofft, dass die Vermögenssperre bald aufgehoben wird und er nicht mehr unter das Gesetz 52 fällt.

In seinen Briefen erwähnt Stephan Quirnbach zahlreiche weitere Entnazifizierungsfälle: „Der Kollege A. lebt nun zuhause auf eigenem Grund und Boden und ist ganz Bauer geworden. A. hat jetzt seine Entnazifizierung beantragt“, schreibt ihm Dr. B.

Ende Januar 1948 erhält Lieskens Familie einen Brief, dass Ewald aus Rheine bei ihnen gewesen ist. Er sieht schlecht aus. Ewald hat kürzlich seine Entnazifizierung erhalten, sei in Gruppe 4a eingestuft worden und hofft nun, seine alte Stellung wiederzubekommen.

„Im Fall des Dr. R.-G. hat man die schwerste Entscheidung getroffen, die möglich ist, womit eine Vermögensbeschlagnahme verbunden ist. Dr. M. wird entlastet, also in Gruppe 5 eingestuft. Auch Herr O. ist zur Freude aller im Juni 1949 bei der Entnazifizierung in Stufe 5 gekommen,“ schreibt Quirnbach.

„Vor einiger Zeit habe ich etwas über sehr hässliche Vorkommnisse bei einem Entnazifizierungsverfahren gegen Zollbeamte in Emmerich gelesen,“ berichtet Quirnbach im November 1948. „Der Oberbürgermeister der Stadt Essen aus der NS-Zeit, Dr. D., ist im Dezember 1948 von der Spruchkammer als Mitläufer eingestuft und in die Kategorie 4a ohne Vermögenssperre versetzt. Er war seit 1928 Mitglied der Partei gewesen und hatte der SS angehört. Der Bericht, der in der Zeitung stand, lautet sehr günstig für ihn,“ schreibt Quirnbach.



Westfälische Nachrichten 16.11.1946

Einem Verwandten namens Paul kann Quirnbach gut nachfühlen, dass er über den „Entnazifizierungsrummel“ erbost ist: „Das geht Millionen so, und ich freue mich, dass ich damit nichts zu tun habe.“

Ein ihm bekannter Lehrer schreibt ihm, dass er sehr verärgert sei, weil man ihm seit drei Jahren die Arbeit des Schulleiters ohne Entgelt aufgehalst habe – alles wegen der Entnazifizierungsbestimmungen.

Eines Tages geht Liesken zu einer Beerdigung nach Borken. Der verstorbene Joseph H. aus der Gemener Linie der Familie von Liesken ist 54 Jahre alt geworden und hat viele Scherereien mit seiner Entnazifizierung gehabt. Erst seit kurzer Zeit hat er wieder bei der Kommunalverwaltung in Borken gearbeitet.

Später, im Herbst 1949, liest Quirnbach das Buch „Hitler“ von Konrad Heiden. „Es hat einen tiefen, erschütternden Eindruck auf mich gemacht. Aber ich muss bei der Lektüre solcher Bücher – augenblicklich lese ich „Reise durch den letzten Akt“ von Isa Vermehren – immer wieder sagen: DAS hat das deutsche Volk nicht gewusst!“, schreibt er.

Bereits Ende 1946, als die Entnazifizierung dem Justizministerium unterstellt wird, fordert Ministerpräsident Dr. Amelunxen, einen Schlusstrich unter die Entnazifizierung zu ziehen und nur noch gegen solche Personen vorzugehen, die sich tatsächlicher Verbrechen schuldig gemacht haben – dann allerdings in einem ordentlichen Rechtsverfahren.¹⁵ Anfang 1947 kommt zunehmend Kritik an der Entnazifizierungspolitik auf.

Ein britischer Unterhausabgeordneter bezeichnet sie als Wahnsinn. Sie entziehe der deutschen Wirtschaft Hunderttausende von Arbeitskräften und müsse – mit Ausnahme besonders schwerer Fälle – unverzüglich gestoppt werden.¹⁶ Auch eine zeitliche Begrenzung der Entnazifizierung wird gefordert.¹⁷

Im Herbst 1950 gibt es weiterhin Bestrebungen, die Entnazifizierung zu beenden.¹⁸ In Nordrhein-Westfalen endet sie schließlich im Januar 1952 mit dem Entnazifizierungsschlussgesetz. Der Landtag von Nordrhein-Westfalen verabschiedet das Gesetz gegen die Stimmen der Kommunisten.¹⁹ Mit einem Gesetz des Justizministers Gustav Heinemann wird die Entnazifizierung 1952 endgültig abgeschlossen.²⁰

Preisentwicklung und Währungsreform

Im Jahr 1948 lebt Stephan Quirnbach von einer kleinen Pension. Liesken kocht unentwegt Gemüse wie Erbsen, Bohnen und Möhren ein. Dass sie alles kaufen müssen, „reißt doch mächtig ins Geld“, wie Quirnbach schreibt, zumal vieles auf dem Land deutlich teurer ist als in der Stadt. Auch sogenannte Hamsterer tauchen wieder auf – vermutlich gewerbsmäßige Schwarzhändler –, treiben die Preise in die Höhe und machen viele Waren für normale Verbraucher nahezu unerschwinglich.

Am Samstag, dem 19. Juni 1948, kündigen die Amerikaner, Engländer und Franzosen den Geldumtausch für Sonntag, den 20. Juni an. Nun stellt sich die Frage, wie man die reichlich vorhandene Reichsmark in der kurzen Zeit bis zum Sonntag noch ausgeben soll. In den Zeitungen heißt es: „Das alte Geld ... ist vom 21. Juni an ungültig ... Jeder Einwohner der Westzonen erhält als „Kopfquote“ 60 Mark der alten Währung in neues Geld umgetauscht; 40 Mark hiervon werden am morgigen Sonntag ausgezahlt, die restlichen 20 Mark in einem Monat. Umtausch der Guthaben später.“ Ein historischer Einschnitt.²¹

Durch die geringe Umstellungsquote und die ungünstige Anrechnung der Kopf- und Geschäftsbeträge schmelzen bei der Kreis- und Stadtparkasse Borken die Gesamteinlagen von 73 Millionen Reichsmark auf nur noch 3 Millionen D-Mark zusammen; von den 45.000 Sparkonten erlöschen 28.000.²² Sparguthaben werden bei der Währungsumstellung auf zehn Prozent der ursprünglichen Summe abgewertet. Über Nacht verlieren viele Sparer damit einen Großteil ihres Vermögens. Zudem wird die Hälfte des verbliebenen Geldes auf sogenannten Festkonten blockiert; davon werden später noch einmal 70 Prozent gestrichen.

Der Tag vor der Währungsreform am 20. Juni 1948 ist von großer Unruhe geprägt. Gleichzeitig entsteht der Eindruck, dass viele Menschen erleichtert aufatmen, als es schließlich soweit ist. „In Heiden läuft alles seinen langsamen Gang, nur entfährt jedem, dem man begegnet die Frage, die heute allen auf der Zunge schwebt: Was wird nun weiter?“, schreibt Quirnbach.

Nach dem Mittagessen wollen sie ihr neues Geld holen. Vorerst wissen sie nur, dass man ihnen etwas nimmt. Wieder müsse man von vorne anfangen, wie schon nach der Inflation der frühen zwanziger Jahre. Als sie von der Kartenstelle zurückkehren, fühlen sie sich mit ihren 80 Deutschen Mark beinahe reich. Die Quirnbachs müssen ihr Bargeld abliefern und ihre Reichsmarkkonten bei Geldinstituten angeben. Insgesamt besitzen sie 2.289 Reichsmark. Die Verwandte Grete muss von morgens acht Uhr bis

abends acht Uhr ohne Pause Geld umwechseln, erhält dafür aber eine Sonderzuteilung.

„In Heiden ist man vorsichtiger und zurückhaltender. Man ‚reformiert‘ die Schaufenster noch nicht. Aber gestern hat Liesken bei Tekülves – ohne gefragt zu haben – ein Stück Rasierseife erhalten, die man dort trotz immer wiederholter Nachfragen seit zwei Jahren nicht haben konnte,“ berichtet Quirnbach.

Quirnbach glaubt, dass viele Menschen nach der Währungsreform zunächst nichts kaufen werden, weil die Preise und Löhne unverändert bleiben. Viele Betriebe könnten deshalb ihre Arbeiter nicht halten. Auch die Tarife der Reichsbahn würden sich seiner Meinung nach nicht aufrechterhalten lassen. Entscheidend werde außerdem sein, wie sich das Kreditwesen entwickle, wie hoch der Zinsfuß sei, ob nur kurzfristige Kredite gegeben würden und inwieweit Unternehmen in der Lage seien, Kredite aufzunehmen und produktiv einzusetzen, ohne sich der Gefahr einer Überschuldung oder späteren Enteignung auszusetzen.

Vor allem aber müsse die soziale Frage gelöst werden: Steuern, alte Schulden und Hypotheken müssten geregelt werden. Der Staat werde durch die Währungsreform einen gewaltigen Schuldenerlass erhalten und habe deshalb die Verpflichtung, soziale Garantien zu schaffen. Quirnbach geht außerdem davon aus, dass sich die Gerichte noch lange mit Streitigkeiten beschäftigen müssten, die sich aus der Währungsreform ergeben würden.

Unmittelbar nach der Währungsreform bieten die Bauern Eier, Butter und Milch in großer Menge an – „so viel man haben will“, wie Quirnbach schreibt. Die Preise seien zwar erhöht, aber zunächst noch erträglich gewesen; lediglich die Butter koste bereits fünf oder sechs D-Mark. Doch dieser Zustand hält nicht lange an. Quirnbach fürchtet, dass die Preistreiberei der gesamten Kaufleute und der Landwirtschaft die neue Mark wieder zugrunde richten könnte.

Alle hielten „den Daumen auf den Beutel“, jeder scheue sich davor, von der kostbaren neuen Mark etwas auszugeben. Nur vereinzelt werde wild gekauft, weil die lang entbehrten Herrlichkeiten plötzlich wieder in den Schaufenstern liegen. Auf dem Land sei dieser Wandel weniger deutlich spürbar als in den Städten, weil es dort weniger große und vielfältige Geschäfte gebe. Doch selbst bei Kremer „fließen die Stoffe in weichen Wellen durch die Schaufenster und rahmten Kleider in allen möglichen Macharten und Farben ein.“ Es ist ein buntes Bild, das für viele jedoch nur zum Anschauen bestimmt bleibt – teils wegen des fehlenden Geldes, teils wegen der noch bestehenden Bezugs-scheine und Punkte. Auch Haushaltswaren und Handwerkzeug sind plötzlich wieder erhältlich, nachdem sie lange gefehlt hatten.

Und auch bei den Bauern scheint nach der Geldreform plötzlich wieder alles vorhanden zu sein. „Die Hühner legen wieder, die Kühe geben mehr Milch und die Kartoffeln springen sozusagen aus der Erde,“ schreibt Quirnbach. Die Preise sind zwar hoch, aber zunächst noch erträglich. Die Butter kostet anfangs fünf Mark, steige inzwischen jedoch weiter im Preis. Tauschhandel gibt es nicht mehr, die Bauern nähmen nur bares Geld an, das sie auf die Kasse legen und in Ware umsetzen können. Dabei scheint die Landwirtschaft mit der Ernte Glück zu haben. Wagen um Wagen wird Heu eingefahren, und tonnenweise rollen die Kartoffeln, die in diesen Tagen ausgemacht werden, zum Bahnhof.

Quirnbach schreibt: „Ich habe nie gedacht, dass es im deutschen Volk so viele gute Schauspieler gibt. Wenn ich sehe, mit welcher ehrlicher und sich selbst bedauernder Miene und Rede Kaufleute und Bauern dem armen Verbraucher gegenüber behaupteten, sie hätten keine Waren, obwohl das Gegenteil der Fall ist, dann muss er doch sagen, dass sie auf einer Bühne leben, auf der der Masse des Volkes mit viel Gerissenheit und schauspielerischem Talent etwas vorgemacht wird.“

Immerhin: Im Juni 1949 hat sich die Ernährungslage sehr gebessert. Auf Lebensmittelkarten gibt es wieder mehr Fett und Fleisch. Eier kosten 30 Pfennig, Butter 5 D-Mark, Speck und Schinken zwischen 5,00 und 5,50 D-Mark, Milch 30 bis 35 Pfennig und Schweinefleisch auf Karten 3 D-Mark.

Unsichere Zukunft – Pension und Sterbeversicherung

Neben den alltäglichen Sorgen beschäftigt die Familie noch eine andere Frage: die finanzielle Sicherheit. Stephan Quirnbach hat viele Jahre als Journalist gearbeitet. Doch nach dem Krieg ist unklar, wie sicher seine Pension tatsächlich ist.

Im November 1948 müssen die Quirnbachs genau rechnen, um über die Runden zu kommen. Vom Verlag Girardet erhält er nur die Hälfte der ihm dort zustehenden Pension. Die Pensionskasse des Verlages, deren Vermögen hauptsächlich in Hypotheken und sogenannten mündelsicheren Staatspapieren angelegt war, hat durch die Kriegszerstörungen erhebliche Verluste erlitten. Hinzu kommen die Einbußen durch die Währungsreform, da private Pensionsversicherungen nicht dieselben Vergünstigungen erhalten wie die anderen Versicherungen. Von weiteren Ansprüchen, die aus Kapital in der Sowjetzone hätten beglichen werden müssen, erhält er nichts mehr.

Bereits Ende Januar 1946 erinnert er van Berkel an die Angelegenheit der Pensionskasse. Anfang Februar 1947 antwortet van Berkel, dass sich der Verlag Girardet und Herr Quittman bislang noch nicht dazu gemeldet haben. Gleichzeitig dankt er Quirnbach für dessen Unterstützung. Im Mai 1949 fährt Quirnbach nach Essen. Dort organisieren Essener Firmen mit privaten Pensionskassen eine große Kundgebung im Zirkus Bügler, um auf die Notlage der Privatpensionäre aufmerksam zu machen und die Regierung endlich zu entsprechenden Maßnahmen zu bewegen.

Noch unsicherer ist die Lage der Sterbekasse für Schriftleiter. Über Jahre hinweg sind Beiträge gezahlt worden – doch nun ist ungewiss, ob die Kasse überhaupt noch besteht, ob Ansprüche geltend gemacht werden können oder ob alles verloren ist. Erschwert wird die Situation zusätzlich dadurch, dass sich die Leitung der Kasse in der Ostzone befindet. Diese Unsicherheit ist typisch für die Nachkriegszeit: Alte Sicherheiten sind verschwunden, neue müssen erst entstehen.

Auf die Frage seines Neffen, ob sein Gehalt groß genug sei, antwortet Quirnbach: „Ja, lieber Hans Jürgen, es muss. Es muss, wie bei so vielen tausenden Anderen, die vorher zu den Reichen gehört hatten und jetzt sehen müssen, wie sie durchkommen.“

Familie – ein neuer Anfang

Was bleibt, ist die Familie. Die Briefe zeigen ein dichtes Netz von Verwandten, Freunden, ehemaligen Kollegen und Geschwistern in Emmerich, Bremen, Bocholt oder Holzminden. Man schreibt sich regelmäßig, hilft einander und schickt kleine Dinge: Garn, Lebensmittel und sogar Batterien für das Hörgerät.

Diese kleinen Gesten haben große Bedeutung.

Im Leben der Tochter Margret zeigt sich besonders deutlich, wie schwierig und zugleich hoffnungsvoll diese Zeit ist. Unter den damaligen Umständen kann sie ihr Studium kaum fortsetzen. Schließlich verlobt sie sich und heiratet 1947. Die Hochzeit findet im kleinen Kreis statt – ohne Luxus, ohne große Feier. Eine eigene Wohnung können die jungen Eheleute zunächst nicht beziehen und es fehlt an den einfachsten Dingen.

Und doch bedeutet die Heirat einen Neuanfang.

Heiden – mehr als ein Ort

Heiden ist in dieser Geschichte nicht nur ein Schauplatz, sondern ein Mittelpunkt:

- Ort der Kindheit
- Zuflucht im Krieg
- Raum des Neubeginns

Die Geschichte der Familie Quirnbach zeigt eindrucksvoll, wie die große Geschichte in das Leben einzelner Menschen eingreift. Krieg, Entnazifizierung, Mangel, Unsicherheit prägen den Alltag. Und doch bleibt etwas bestehen: die Familie, die Sprache, die Heimat.

Oder, wie Liesken Brinkmanns es wohl hätte sagen können:

„Heimat, dat is nich bloots'n Ort – dat is wat in'n Harten sitt.“
(Heimat ist nicht nur ein Ort – sie sitzt im Herzen.)

Anmerkungen:

¹ Dietmar Petzina: Industrieland im Wandel (1945-1980), In: Wilhelm Kohl (Hg.): Westfälische Geschichte, Bd. 3.

Düsseldorf 1984, S. 439-531, hier S. 442.

² Neue Westf. Zeitung 12.10.1945

³ Borkener Zeitung 12.05.1962

⁴ Neue Westf. Zeitung 16.10.1945

⁵ Neue Westf. Zeitung 13.11.1945

⁶ Dieter Franck: Jahre unseres Lebens. 1945-1949, München 1982, S. 105.

⁷ Neue Westfälische Zeitung 16.10.1946, 12.2.1947

⁸ Neue Westfälische Zeitung 25.9.1946

⁹ Neue Westf. Zeitung 18.12.1945

¹⁰ Neue Westf. Zeitung 17.05.1946

¹¹ Neue Westf. Zeitung 16.10.1945

¹² Neue Westf. Zeitung 17.05.1946

¹³ Neue Westf. Zeitung 05.02.1946

¹⁴ Bescheinigung für Wilhelm O. vom 5.11.1946 (Entnazifizierung) und Mitteilung von Gerd Niewerth.

¹⁵ Neue Westfälische Zeitung 11.12.1946

¹⁶ Westfälische Nachrichten 29.1.1947, 8.2.1947

¹⁷ Westfälische Nachrichten 8.2.1947

¹⁸ Borkener Zeitung 6.10.1950

¹⁹ TerraX/Mr. Wissen2go Geschichte: „Nachkriegszeit in Deutschland – Die Stunde Null/Geschichte“; Borkener Zeitung 23.1.1952

²⁰ Hans-Joachim Behr (Bearb.): Westfalen in NRW. Aspekte westfälisch-rheinischer Bindungen einst und jetzt. , Münster 1984, S. 94, Nr. 183/184.

²¹ Dieter Franck (wie Anm. 6), S. 220.

²² Rudolf Veelken: Ein Stück Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. In: Unsere Heimat. Jahrbuch des Kreises Borken, 1971, S. 12-15, hier S. 14.